

Französische Parlamentswahlen: Frankreichs SP erringt absolute Mandatsmehrheit / Nationalpopulistin Marine Le Pen scheitert in ihrem Wahlkreis

VON DANNY LEDER, PARIS

Francois Hollande hat es geschafft: laut Hochrechnungen errangen seine Sozialisten im zweiten Durchgang der Parlamentswahlen am Sonntag 313 von insgesamt 577 Sitzen die absolute Mehrheit in der französischen Nationalversammlung. Gemeinsam mit ihren grünen Koalitionspartnern, die auf etwa 17 Sitze kamen, verfügen sie über eine noch eindrucksvollere Vormachtstellung. Außerdem entfielen 10 Sitze auf die radikale „*Linksfront*“, die die rotgrüne Regierung zumindest punktuell unterstützen wird.

Die bürgerliche UMP kam, ebenfalls laut Hochrechnungen vom Sonntag-Abend, auf 214 Mandate. Die Rechtsaußen-Partei „*Front National*“ gelangte zum ersten Mal seit 1986 wieder ins Parlament mit drei Abgeordneten. Allerdings scheiterte ihre Vorsitzende, Marine Le Pen mit ihrer Kandidatur in einem nordfranzösischen Industrieviertel, das ihre Partei seit Jahren beackert hatte. Die als charismatischer Politstar in den Medien häufig präsente Marine Le Pen wurde von einem weitgehend unbekanntem, aber seriös wirkenden sozialistischen Lokalpolitiker knapp geschlagen. Hingegen konnte die Nichte von Marine Le Pen und Enkelin des Parteigründers Jean-Marie Le Pen, die erst 22 jährige Marion Marechal-Le Pen in Südfrankreich einen Sitz erringen.

Der gestrige Triumph des Regierungslagers um Hollande wurde durch einen Wertmutstropfen beeinträchtigt: die Niederlage der prominenten SP-Politikerin Ségolène Royal nach einem vorausgegangenem, peinlichen Eklat mit der Lebensgefährtin von Hollande, Valerie Trierweiler. Royal wurde in ihrem Wahlkreis in der Stadt La Rochelle von einem SP-Dissidenten geschlagen. Dieser vor Ort verankerte Politiker wollte Royal nicht die Kandidatur für die SP überlassen, obwohl Royal zuvor als Präsidentin der betreffenden Region gewirkt hatte. Der widerspenstige Kandidat wurde dafür aus der Partei ausgeschlossen, erhielt aber, aus Schadenfreude über das interne SP-Schlamassel, Wahlhilfe von Seiten der bürgerlichen Lokalpolitiker. Während Hollande und die SP-Führung Royal massiv unterstützten, bekundete Trierweiler per Twitter ihre Solidarität mit dem Dissidenten – ein Eifersuchtsakt der aktuellen Lebenspartnerin des

Staatschefs gegenüber Royal, der vorhergehenden Lebensgefährtin von Hollande und Mutter seiner vier Kinder.

„HYPERMACHT“ Auch aus anderen Gründen hüteten sich die SP-Spitzen gestern vor allzu schrillen Siegesrufen. In Regierungskreisen zirkulierte das Bonmot: „Das beste ist vorüber. Jetzt beginnen die Schwierigkeiten.“ Mit dem sich abzeichnenden Finalsieg verfügt die SP über eine in ihrer Geschichte einzigartige Vormacht-Stellung, die vom Staatschef über das Parlament bis hin zu den meisten Regional- und Kommunalverwaltungen reicht – letztere hatte die SP bereits in den Jahren zuvor erobert. Das „Syndrom der Hypermacht“, vor dem der Politologe Rémi Lefebvre im Linksblatt „*Libération*“ gewarnt hatte, setzt die SP einer entsprechend hohen Erwartungshaltung aus. Scheitert Hollande bei der von ihm angekündigten „Wiederaufrichtung Frankreichs mit Gerechtigkeitssinn“, kann er sich auf keine politischen Gegner ausreden.

Auch den meisten Wählern der Linken ist klar, dass der finanzielle Spielraum der Staatsführung auf Null zusteuert und die Euro-Zone am Rande des Desasters manövriert. Trotzdem schwelt die Hoffnung, die neue Regierung könne die Arbeitnehmer durch steuerliche Umverteilung vor den schmerzlichsten Opfern bewahren und weitere wirtschaftliche Einbrüche durch eine zeitliche Ausdehnung der Sparmaßnahmen abfedern. Um die Hoffnung aufrecht zu erhalten, hatte die Linksregierung vor der Wahl plakative Maßnahmen beschlossen: Senkung der Ministergehälter um 30 Prozent, Gehaltsbegrenzung auf jährlich 450.000 Euro für die Direktoren öffentlicher Unternehmen, Regulierung der Mietzinserhöhungen und Senkung des Pensionsantrittsalters von 60 auf 62 Jahre für Personen, die eine besonders lange Berufsdauer aufweisen, ältere Langzeitarbeitslose und Mütter von mindestens zwei Kindern, die ebenfalls früh zu arbeiten begonnen haben.

Allerdings, so die Regierung, wären für den Schuldenabbau „große Anstrengungen“ erforderlich. Diese würden steuerlich zu Lasten der Spitzenverdiener und Großvermögens-Eigner gehen. Zu konkreten Sparmaßnahmen bewahrte die Regierung aber bisher eisernes Schweigen. Das beunruhigte zuletzt auch linksliberale Kommentatoren.

Die bürgerliche Sammelpartei UMP erwartet deswegen einen schnellen und dramatischen Popularitätseinbruch von Hollande, wenn sich erstmals Sparschnitte der Linksregierung offenbaren und die Steuerschraube auf die Mittelschichten ausdehnen würden.

Vorerst aber leidet die UMP unter brachialen, internen Machtkämpfen um die Nachfolge von Nicolas Sarkozy. Wobei sich eine eventuelle Annäherung an die

die nationalpopulistische Bewegung von Marine Le Pen als Streitpunkt aufdrängt.